vbba
Gewerkschaft Arbeit und Soziales
Seniorenvertretung

aktuell
Hessen

Senioren – Info v. 02.11.2026

Seniorenvertretung Hessen: Für eine gerechte Versorgung und eine leistungsfähige Verwaltung

Die Seniorenvertreter der vbba Hessen, Karl Sellent und Michael Schäfer, nahmen an der Landeshauptversammlung des dbb Hessen teil und diskutierten mit Vertretern anderer Fachgewerkschaften aktuelle Herausforderungen für Seniorinnen und Senioren und beschlossen eine Resolution zur Beihilfe mit.

Am 22. Oktober 2026 fand in Berghausen die diesjährige Landeshauptversammlung der Seniorenvertretung des dbb Hessen statt. Die Vorsitzende Hannelore Andree begrüßte zahlreiche Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter aus den 39 Fachgewerkschaften. Im Mittelpunkt standen aktuelle seniorenpolitische Themen, die Beamtenversorgung, die Beihilfe sowie die Herausforderungen im öffentlichen Dienst.

Kommunale Finanzlage und aktuelle Entwicklungen im dbb

Da der Bürgermeister krankheitsbedingt verhindert war, übernahm Stadtrat Siggi Urbanek die Begrüßung. Am Beispiel der Stadt Aßlar erläuterte er die angespannte finanzielle Situation der Städte und Gemeinden. Die schwierige Haushaltslage habe letztlich auch Auswirkungen auf die Personalpolitik der Kommunen.

Dr. Horst Günther Klitzing, Vorsitzender der dbb Bundesseniorenvertretung, berichtete anschließend über aktuelle Entwicklungen und Arbeitsschwerpunkte der dbb-Bundesleitung. Nach dem Tod von Ulrich Silberbach sei Volker Geyer zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt worden. Ihm stünden zwei hauptamtliche Stellvertreter zur Seite, darunter der geschätzte hessische Kollege Heini Schmidt.

Die vergangenen Monate seien insbesondere durch Angriffe auf das Berufsbeamtentum geprägt gewesen. Während Volker Geyer in Gesprächen mit politischen Entscheidungsträgern für den

Erhalt des Berufsbeamtentums werbe, bereite der dbb mit einer Imagekampagne die öffentliche Darstellung der Bedeutung und Leistungsfähigkeit der Arbeit von Beamtinnen und Beamten vor.

Positiv bewertete Dr. Klitzing die Empfehlungen der Kommission zur Sozialstaatsreform, in denen eine Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung nicht vorgesehen sei.

Auch die Aktivitäten zum Bürokratieabbau im Rahmen des Abschlussberichts „Initiative für einen handlungsfähigen Staat" unterstütze der dbb grundsätzlich. Allerdings gebe es Bedenken, dass unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus auch ein Abbau von Personal in den Verwaltungen angestrebt werden könnte.

Bei der zunehmenden Nutzung Künstlicher Intelligenz im öffentlichen Dienst vertrete der dbb die Auffassung, dass deren Einsatz nicht automatisch zu einem Personalabbau führen dürfe. Der Bundesvorstand nutze jede Gelegenheit, seine Positionen und Bedenken gegenüber der Politik deutlich zu machen und Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen.

Weitere Themen des Vortrags waren der 10. Altersbericht der Bundesregierung sowie der Referentenentwurf zum Pflegeneuorganisationsgesetz. Dieser sehe unter anderem den Wegfall des Pflegegrades 1 und eine Umstrukturierung der Pflegeleistungen vor.

Mit Sorge betrachte der dbb auch die Ergebnisse der jüngsten Wahlen. Die Entwicklung sei unter anderem auf Versäumnisse der Politik in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern zurückzuführen. Häufig sei nicht ausreichend erkennbar, welche politischen Ziele verfolgt würden und weshalb bestimmte Bevölkerungsgruppen stärker belastet würden als andere.

Dr. Klitzing wies außerdem auf die für 2027 geplante Fachtagung „Bezahlbar und gut versorgt" sowie weitere Online-Angebote hin. Künftig sollen Veranstaltungen überwiegend in Berlin stattfinden. Dort hat der dbb ein Hotel mit 160 Betten erworben, das derzeit renoviert wird und am 1. Januar 2027 eröffnet werden soll. Neben Übernachtungsmöglichkeiten stehen Gruppenräume für Veranstaltungen mit bis zu 20 Personen zur Verfügung.

Beihilfe und Versorgung bleiben zentrale Anliegen

Über die vielfältigen Aktivitäten der hessischen Seniorenvertretung im vergangenen Jahr berichtete die Vorsitzende Hannelore Andree. Dazu gehörten die Durchführung von Fachtagungen, die Organisation von Reiseangeboten und politische Gespräche. Ein besonderes Ärgernis für die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger bleibe die lange Bearbeitungsdauer bei der Beihilfe. Andree machte deutlich, dass es sich hierbei keineswegs um eine freiwillige Leistung handele:

„Die Beihilfe zu Krankheitskosten ist ein Teil der Alimentation, auf die ein rechtlicher Anspruch besteht. Es ist ein ernstzunehmender Teil der Fürsorgepflicht."

Die Landeshauptversammlung verabschiedete deshalb eine Resolution an die hessische Landesregierung. Sie trägt den Titel „Forderung zur amtsangemessenen Besoldung auch für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger und Wahrnehmung der Fürsorgepflicht zur Beihilfe".

Die Vorstellungen der Seniorenvertretung für eine zukunftsfähige Beihilfe lassen sich in vier Forderungen zusammenfassen: **Einfach – Schnell – Unbürokratisch – Direktabrechnung.**

Darüber hinaus ist ein Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern des Hessischen Innenministeriums zur sogenannten „ergänzenden Beihilfe" vorgesehen.

Unsere Seniorenvertreter gewannen die Erkenntnis, dass unsere VersorgungsempfängerInnen vom Übergang der Beihilfebearbeitung von der BA auf die Postbeamtenkrankenkasse profitiert haben und bei Weitem nicht die Probleme haben wie die früheren Landesbediensteten.

Für Unverständnis sorgte außerdem die Mitteilung des dbb-Bundes an die Landesverbände, wonach kein Rechtsschutz für Streitigkeiten über die Einstufung eines Pflegegrades oder die Feststellung des Grades der Behinderung bestehe, da diese Sachverhalte unmittelbare Auswirkungen auf das Dienstverhältnis hätten.

Vielfältige Aktivitäten in den Fachgewerkschaften

Die Seniorenvertretungen der einzelnen Fachgewerkschaften hatten ihre Aktivitäten des vergangenen Jahres schriftlich dargestellt. Das Spektrum reichte vom Aufbau und der Pflege von Informations- und Kontaktstrukturen – insbesondere zu neu in den Ruhestand getretenen Kolleginnen und Kollegen – bis zur Unterstützung bei Fragen rund um Beihilfe und Rechtsschutz.

Auch Seminartage, Ausflüge und weitere Begegnungsangebote gehörten zum Programm. Nicht zuletzt waren Glückwünsche zu besonderen Geburtstagen und die Ehrung langjähriger Mitglieder Bestandteil der vielfältigen Arbeit.

Karl Sellent wies in seinem schriftlichen Bericht auf die erste Kontaktaufnahme der Seniorenvertretung zum 60. Geburtstag der KollegeInnen hin. Danach erfolgt die Betreuung bei Eintritt in den Ruhestand. Zu jedem halb- und runden Geburtstag werden Gratulationen schriftlich oder, wenn möglich und gewünscht, auch persönlich ausgesprochen. Gerade bei Jubiläen versucht die Seniorenvertretung den/die Jubilar/in aufzusuchen. So konnten in

diesem Jahr zwei Jubilare für 50jährige Zugehörigkeit geehrt werden (siehe senioren – aktuell vom 13.08.2026). Regelmäßige Ausflüge gehören ebenfalls zum Betreuungsangebot der vbba-Seniorenvertretung. In diesem Jahr besuchte eine Gruppe die Keltenwelt am Glauberg (s. Senioren – Info vom 30.09.2026).

Einblicke in den hessischen Strafvollzug

Einen ausführlichen Einblick in die Situation des hessischen Strafvollzugs gab Günter Kowalski, Beisitzer im Landesseniorenvorstand und Seniorenvertreter des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD), Landesverband Hessen.

Für den Vollzug von Untersuchungshaft, Freiheitsstrafen, Sicherungsverwahrung, Jugendstrafen und Jugendarrest stehen in Hessen 18 selbstständige Justizvollzugsbehörden mit zwei Zweiganstalten, darunter einer Einrichtung für Sicherungsverwahrung, sechs Abteilungen für den offenen Vollzug sowie einem Zentralkrankenhaus zur Verfügung. Insgesamt gibt es rund 5.400 Haftplätze.

Durchschnittlich befinden sich etwa 4.200 Gefangene in den hessischen Justizvollzugsanstalten. Sie werden von rund 3.000 Beschäftigten betreut. Insbesondere in den Ballungsräumen gestalte sich die Gewinnung neuen Personals zunehmend schwierig.

Anschaulich schilderte Kowalski den Tagesablauf der Gefangenen sowie deren Möglichkeiten und Verpflichtungen zur Arbeitsleistung. Darüber hinaus bestehe in den Haftanstalten die Chance, einen Berufsabschluss zu erwerben.

Trotz umfangreicher Beratungs- und Unterstützungsangebote, beispielsweise in den Bereichen schulische und berufliche Bildung, Drogen- und AIDS-Beratung sowie Schuldnerberatung, gelinge eine erfolgreiche Resozialisierung nach seinen Angaben in 60 Prozent der Fälle nicht.

Zu den besonderen Herausforderungen im Strafvollzug zählte Kowalski die Folgen des Drogenkonsums, Sprachbarrieren, mangelnden Respekt und eine zunehmende Gewaltbereitschaft. Von Januar bis zum 1. Oktober 2025 habe es in Hessen 28 Körperverletzungen gegenüber Strafvollzugsbediensteten gegeben.

Weitere Probleme seien die teilweise mangelhafte Infrastruktur der Haftanstalten und die schwierige Sicherstellung des erforderlichen Personalbestands. Auch ließen sich geschäftliche Aktivitäten und Straftaten innerhalb der Anstalten nicht vollständig unterbinden.

Mit einer ebenso nachdenklich wie eindrücklich stimmenden Bemerkung beendete Kowalski seinen Vortrag: „In den Haftanstalten gibt es keine Sachen, die es nicht gibt."

Aufruf zu mehr gewerkschaftlichem Engagement

Zum Abschluss der Versammlung appellierte Siggi Urbanek an die Anwesenden, sich künftig stärker an gewerkschaftlichen Demonstrationen zu beteiligen. Gerade im Hinblick auf die Forderungen in der nächsten Tarifrunde sei eine breite Unterstützung notwendig.

Trotz intensiver Vorbereitung sei die Beteiligung an den vergangenen Veranstaltungen in Fulda und Wiesbaden vergleichsweise gering gewesen. Um die gewerkschaftlichen Forderungen wirkungsvoll zu vertreten, sei es deshalb dringend erforderlich, mehr Kolleginnen und Kollegen zur Teilnahme zu mobilisieren.

Die Tarifrunde für die Bediensteten des Bundes und der Länder beginnt im April 2026. Am 16. März 2027 werden die Gremien des dbb ihre Forderungen und Erwartungen beschließen. Die kommenden Monate bieten Gelegenheit, sich gemeinsam auf die nächste Einkommensrunde vorzubereiten und erneut geschlossen für die Interessen der Beschäftigten starkzumachen.

Die Landeshauptversammlung machte einmal mehr deutlich, wie wichtig eine engagierte Seniorenvertretung ist. Die Interessen der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger müssen ebenso Gehör finden wie die Anliegen der aktiven Beschäftigten. Insbesondere bei Fragen der Versorgung, der Beihilfe und der sozialen Sicherung bleibt der gewerkschaftliche Einsatz unverzichtbar.

Text: Michael Schäfer